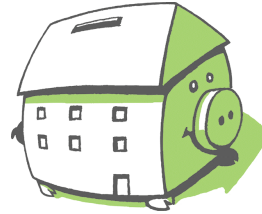




**Mieterinnen- und Mieterverband Luzern**  
Mythenstrasse 2 | 6003 Luzern  
Telefon 041 220 10 22 | Fax 041 220 10 21  
[www.mieterverband.ch/luzern](http://www.mieterverband.ch/luzern)



**«Für zahlbares  
und attraktives Wohnen»**

Luzern, 3. November 2008

## Medienmitteilung

Zur Behandlung der Initiative «Für zahlbares und attraktives Wohnen» im Luzerner Kantonsrat vom 3.11.08

### Mehrheit des Kantonsrats wohnt im Elfenbeinturm

**Die Behandlung der Initiative «Für zahlbares und attraktives Wohnen» durch den Luzerner Kantonsrat hat eine krass unterschiedliche Einschätzung der Situation am Wohnungsmarkt zu Tage gefördert: Die geschlossene bürgerliche Mehrheit betrachtet den Wohnungsmarkt als funktionierend. Einen Bedarf an einem sozialpolitischen Eingreifen des Staats sieht sie nicht. Hingegen unterstützt die Ratslinke das Anliegen der Initiative, weil sie die Not der Bevölkerungsteile wahrnimmt, die kaum mehr zahlbaren Wohnraum findet.**

Der Mieterinnen- und Mieterverband Luzern (MV) als Initiant des Verfassungsbegehrens kann kaum nachvollziehen, wie die Mehrheit des Kantonsrats trotz sinkenden Leerwohnungsziffern und steigenden Angebotsmietpreisen den Bedarf an staatlicher Förderung von zahlbarem und attraktivem Wohnraum negiert. In der Stadt Luzern und in den regionalen Zentren des Kantons ist es für Personen mit begrenztem Budget kaum mehr möglich, angepassten Wohnraum zu finden: Familien können die Mieten nicht tragen, Studierende finden keinen Wohnraum, die ältere Generation belegt oft grössere Wohnungen, weil ein Wechsel in eine altersgerechte Kleinwohnung finanziell höhere Belastungen bringt. Im Wohnungsbestand liegt ein Nachholbedarf zur Sanierung. Ohne staatliche Förderung droht der beschleunigte Wegfall von günstigem Wohnraum durch teure Ersatzbauten. Die Kosten für die staatliche Untätigkeit in der Wohnpolitik bezahlt oftmals wieder die Allgemeinheit: Teure Mieten müssen durch Sozialhilfe abgedeckt werden.

Der Regierungsrat stützt sich in seiner Argumentation für die Ablehnung der Initiative auf die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten. Tatsache ist aber, dass heute die gesetzlichen Möglichkeiten völlig ungenutzt bleiben. Es gibt keine neuen Beiträge an Wohnbauprojekte gemeinnütziger Träger und es gibt kaum Vorhaben zur Abgabe von Bauland zu vergünstigten Konditionen. Die gemeinnützigen Bauträger orientieren sich an der Kostenmiete und garantieren, dass Wohnraum permanent der Spekulation entzogen wird. Wenn Regierungsrat Schwerzmann sagt, dass in der Stadt Luzern keine Grundstücke mehr vergünstigt abgegeben werden könnten, negiert er klar, dass die öffentliche Hand durchaus Baulandreserven hat, diese aber lieber für private Investoren in Reserve hält.

Die Mehrheit des Kantonsrats scheint im Elfenbeinturm zu schlafen. Die Bevölkerung wird in der Urnenabstimmung zum Ausdruck bringen müssen, dass sie eine aktivere Wohnpolitik und Reaktionen auf den Mangel an zahlbarem Wohnraum will. Der MV sieht sich in der Einschätzung bestätigt, dass es Druck braucht, um den Trend in der Wohnpolitik wieder zu kehren: Weg vom staatlichen Abseitsstehen, hin zu einer aktiven Förderung von zahlbarem und attraktivem Wohnen.

### **Mieterinnen- und Mieterverband Luzern**

Für Rückfragen und Interviews:

Mark Schmid, Präsident, 041 362 30 55, 079 482 90 82

Beat Wicki, Geschäftsleiter, 041 220 10 20